

„...dass die Freiheit eines der höchstrangigen Verfassungsgüter ist“

Interview mit Burkhard Peters,
Landtagsabgeordneter der GRÜNEN,
zur Abschiebungshaft

Reinhard Pohl ist Mitglied im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und hat für das Magazin „Der Schlepper“ drei Landtagsabgeordnete zur Abschiebungshaft befragt.



Burkhard Peters ist Rechtsanwalt und wurde im Mai 2012 in den Landtag gewählt. Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen hat 10 Abgeordnete, Burkhard Peters ist unter anderem Sprecher für Flüchtlingspolitik.

Der Schlepper: Im Koalitionsvertrag ist einerseits gesagt worden, dass die Abschiebehaft insgesamt abgeschafft werden soll. Andererseits ist gesagt worden, das Gefängnis in Rendsburg abgeschafft, humanisiert, durch eine andere Einrichtung ersetzt werden. In welchem Verhältnis stehen die beiden Forderungen zueinander? Wenn die Abschiebehaft insgesamt abgeschafft wird, erledigt sich der andere Punkt ja von selbst.

Burkhard Peters: Die Differenzierung ergibt sich aus der Zuständigkeit für die verschiedenen Forderungen. Die Abschaffung der Abschiebehaft insgesamt ist nicht möglich auf dem Wege eines Landesgesetzes, sondern ist nur bundesgesetzlich zu regeln. Das müsste also im Bundestag und Bundesrat geschehen. Deshalb ist im Koalitionsvertrag auch eine Bundesratsinitiative auf Abschaffung der Abschiebehaft vereinbart worden. Auf Landesebene wäre es allerdings möglich, einfach kein Abschiebegefängnis mehr vorzuhalten, sondern die Abschiebungen durch andere, mildere Mittel zu sichern.

Der Schlepper: Was ist denn aus Deiner Sicht oder grüner Sicht die Priorität? Soll die Abschiebehaft vordringlich ganz abgeschafft werden, oder konzentriert man sich auf das, was im eigenen Zuständigkeitsbereich liegt?

Burkhard Peters: Im Interesse der betroffenen Personen halte ich es für dringend erforderlich, sich zunächst auf die hiesigen Verhältnisse zu konzentrieren und auf das, was wir im Lande machen können. Denn das Problem der gesetzlichen Abschaffung der Abschiebehaft ist ein ganz dickes Brett, da müssen viele Akteure einbezogen werden. Unter den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen auf Bundesebene sehe ich dafür überhaupt keine Chance. Das wäre aus meiner Sicht ein Projekt, das möglicherweise erst nach einer für rot-grün erfolgreichen Bundestagswahl im nächsten Jahr angegangen werden kann.

Der Schlepper: Jetzt gibt es bei der Zusammensetzung der Insassen eine ganz entscheidende Veränderung. Als das Gefängnis vor 10 Jahren eingerichtet wurde, waren es Abschiebefälle der örtlichen Ausländerbehörden. Jetzt sind es zu mehr als zwei Dritteln Hin- und Herschiebungen des Dublin-II-Systems. Es sind Flüchtlinge, die „nur“ in ein anderes europäisches Land sollen. Wie soll damit umgegangen werden? Ist es aus Deiner Sicht vielleicht möglich, die Abschiebehaft für Dublin-II-Fälle getrennt vom Rest der Diskussion abzuschaffen?



Foto: Reinhard Pohl

Burkhard Peters: Auch das ist wieder ein Zuständigkeitsproblem. Für diese Dublin-II-Fälle sind die Antragsteller die Bundespolizei und das CSU-geführte Bundesinnenministerium hat über diese Verfahren die Herrschaft. Auch da können wir auf Landesebene wieder sehr schwer Einfluss nehmen. Wir können auf unsere Ausländerbehörden Einfluss nehmen im Bereich der Antragstellung, und es hat sich in der letzten Zeit schon erwiesen, dass eine zurückhaltende Handhabung der Abschiebehaft durch die hiesigen Ausländerbehörden durchaus praktiziert wird, so dass wir vor allen Dingen die leidigen Dublin-II-Fälle haben. Und dort ist es so, dass auf Seiten der Bundespolizei überhaupt keine Bereitschaft besteht, in irgendeiner Weise zu kooperieren und von diesem Instrument zurückhaltender

Gebrauch zu machen. Ich denke, dass Herr Innenminister Breitner schon versuchen sollte, in der Innenministerkonferenz oder über den Bundesinnenminister Einfluss zu nehmen. Aber davon kann man sich nicht allzuviel versprechen.

Der Schlepper: Jetzt heißt das Gefängnis in Rendsburg offiziell Abschiebehafteinrichtung. Es sollte ja auch kein Gefängnis sein, es geht ja nicht um Straftat. Es ist aber organisatorisch eine Außenstelle des Gefängnisses in Kiel. Wenn Ihr plant, die Haftbedingungen zu verändern, zu humanisieren, ist es dann nicht sinnvoll, dass die ganze Einrichtung in eine andere Zuständigkeit kommt? Es könnte ja auch eine Außenstelle der Landesunterkunft in Neumünster werden.

Burkhard Peters: Das halten wir für unbedingt erstrebenswert. Denn solange die Abschiebehaftanstalt unter dem Regime des Justizministeriums und damit dem Regime der Gefängnisverwaltung steht, wird es auch immer gefängnis-ähnliche Strukturen geben, es wird immer eine gefängnis-mäßige Denkart bei der Behandlung des Problems vorherrschen. Das liegt einfach in der Natur der Sache und der handelnden Personen. Es wäre schon ein großer Gewinn, wenn es aus diesem Regime ausgelagert wird.

Der Schlepper: Jetzt sagen Befürworter der Abschiebehaft: Wenn es Grenzen gibt, Grenzkontrollen, Visa, ein Aufenthaltsrecht, das den Aufenthalt auch beschränkt und beendet, muss es auch in letzter Konsequenz ein Zwangsmittel geben, die Aufenthaltsbeendigung durchzusetzen. Und wenn jemand untertaucht, muss es danach auch möglich sein, ihn in Haft zu nehmen, wenn es denn gelingt. Wenn die Abschiebehaft abgeschafft wird, was sagst Du den Befürwortern von Grenzkontrollen, wozu gibt es dann noch Einreisebestimmungen und Aufenthaltsbestimmungen?

Burkhard Peters: Dem kann ich immer nur entgegensetzen, dass die Freiheit eines der höchstrangigen Verfassungsgüter ist, die wir überhaupt kennen. Der Staat darf in dieses Grundrecht der Freiheit nur unter extrem eingeschränkten Bedingungen eingreifen. Die Unverhältnismäßigkeit zwischen dem vorgeworfenen Verstoß gegen ausländerrechtlichen Verwaltungsvorschriften und der Folge einer im Einzelfall mehr als sechs Monate möglichen Inhaftierung ist

eines demokratischen Verfassungsstaates einfach nicht würdig. Deswegen bleibe ich dabei, dass unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns das Institut der Abschiebehaft insgesamt nicht akzeptabel ist.

Der Schlepper: Jetzt plant Ihr ja, die Haft in Rendsburg zu erleichtern. Ihr diskutiert den Ersatz durch eine andere Einrichtung oder andere Einrichtungen. Besteht nicht die Gefahr, wenn man die Haftbedingungen ausreichend erleichtert hat, dass die Koalition eines Tages sagt: Die Abschaffung der Abschiebehaft gelingt sowieso nicht, also sind wir jetzt mit der Humanisierung zufrieden?

Burkhard Peters: Ich denke, dass gerade wir als Grüne immer dahinter her sein müssen, dass die Erleichterung der Haftbedingungen nicht das Endziel sein darf, sondern dass die Abschiebehaft als Rechtsinstitut insgesamt abgeschafft gehört. Es muss immer im Kopf bleiben, dass dies auf Bundesebene das Ziel ist, auf das wir und alle anderen Akteure hinarbeiten wollen.

Der Schlepper: Welche Maßnahmen sind jetzt konkret geplant? Kannst Du, auch wenn die Grünen nicht der größte Koalitionspartner sind, für die Humanisierung der Haft, die neue Einrichtung und die Abschaffung der Abschiebehaft irgendwelche Zeitpläne beschreiben?

Burkhard Peters: Grundsätzlich ist es so, dass zwischen den Koalitionspartnern im Punkt Abschiebehaft große Einigkeit besteht. Es muss was passieren, und das Institut der Abschiebehaft muss insgesamt abgewickelt werden. Von daher haben wir als Grüne nicht die Rolle, eine besonders radikale Position einzunehmen. Der Zeitplan im Hinblick auf eine Bundesratsinitiative ist allerdings schwer vorzusagen. Wir sollten das in Abstimmung mit anderen Bundesländern bald auf den Weg bringen. Es ist aber schwer abzuschätzen, ob und wann ein Erfolg eintreten wird, weil es wie gesagt von geänderten Mehrheiten auf Bundesebene ankommen wird. Was wir hier in Schleswig-Holstein als erstes machen können ist, die konkreten Haftbedingungen der Menschen in Rendsburg zu erleichtern, ihnen zum Beispiel die Benutzung eines Handys zu ermöglichen, dass sie ihre eigene Kleidung behalten können, sich selber Essen zuzubereiten können

und viele andere Erleichterungen mehr. In diesem Bereich sind Entscheidungen schon getroffen worden, das Justizministerium hat uns berichtet, dass mit der Gefängnisleitung weitestgehend unsere Forderungen besprochen worden sind und auch erfüllt werden.

Der Schlepper: Gibt es auf Seiten der Grünen auch Überlegungen, Hafterleichterungen durch Zuordnung eines Rechtsanwalts umzusetzen?

Burkhard Peters: Das halten wir für eine sinnvolle Forderung. Wie gesagt, die Haftanordnung ist ein erheblicher Eingriff in das Freiheitsrecht, und es gibt andere rechtliche Bereiche, wo dieser schwerwiegende Eingriff daran geknüpft wird, dass zum Beispiel zwingend ein Pflichtverteidiger beigeordnet wird oder ein Verfahrensbevollmächtigter. Es muss nicht unbedingt ein Rechtsanwalt sein, es kann auch eine Person sein aus dem Bereich der Migrationsberatung mit besonderen Kenntnissen, um der betroffenen Person helfen zu können und Haftalternativen frühzeitig aufzeigen zu können. Wichtig ist nur, dass diese Beratung bereits vor der ersten Anhörung durch das Amtsgericht ermöglicht wird.

Der Schlepper: Jetzt habt Ihr einerseits vor, die Haft zu erleichtern. Andererseits ist auch die Rede davon, diese Einrichtung zu schließen und durch etwas anderes zu ersetzen. Gibt es da schon konkretere Vorstellungen?

Burkhard Peters: Nein, da gibt es bisher noch keine konkreteren Vorstellungen. Ich weiß aber, dass im Bereich der Diakonie und des Jesuit Refugee Service Europe verschiedene und sehr konkrete Vorstellungen entwickelt worden sind, die Alternativen zur gängigen Abschiebehaftpraxis darstellen. Auch im europäischen Vergleich hinkt Deutschland hinterher. Dies muss innerhalb der Koalition dringend abgesprochen werden, um hier in Schleswig-Holstein entsprechende Projekte auf die Beine zu stellen.

